

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **16.09.2021** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

18.WP/Rat/038

Beginn öffentlicher Teil: 18:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 20:44 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:43 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:46 Uhr

Anwesend: **Ratsvorsitzende**

Weilert-Penk, Christa

Bürgermeister

Pollehn, Armin

1. stellv. Bürgermeister

Paul, Matthias

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Alker, Sonja
Apel, Robert
Braun, Hartmut
Braun, Jens
Dralle, Karl-Heinz
Dreeskornfeld, Thomas
Fleischmann, Michael
Frick, Anne
Gersemann, Christiane
Gottschalk, Niklas
Hinz, Arne
Hinz, Gerald
Kaefer, Volkhard, Dr.
Kirstein, Lukas
Knauer, Detlef
Köneke, Klaus
Lentz, Stefan
Meinig, Birgit
Meyer, Andreas
Neitzel, Beate
Nijenhof, Rüdiger
Perkun, Katrin
Petrusjanz, Nele
Plaß, Barthold
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Schweer, Cord-Heinrich
Zschoch, Mirco

Verwaltung

Kattler, Sebastian
Pape, Petra
Piel, Anja
Raue, Nicole

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Gedenken an Verstorbene
2. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
3. Verpflichtung eines neuen Ratsmitglieds
4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 08.07.2021
5. Mitteilungen des Bürgermeisters
6. Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters Burgdorf
Vorlage: BV 2021 1643
7. Gleichstellungsplan der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2021 1646
8. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2020
Vorlage: BV 2021 1681
9. Neuerstellung des qualifizierten Mietspiegels 2021 für Burgdorf
Vorlage: BV 2021 1690
10. Satzung über die Vergabekriterien für Plätze in Kitas der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2021 1712
- 10.1. Satzung über die Vergabekriterien für Plätze in Kitas der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2021 1712/1
11. Haushaltssicherungskonzept 2021/2022; Maßnahme 5.18 - Verzicht auf das Aufstellen von Laubcontainern in den Ortsteilen Schillerslage, Beinhorn und Dachtmisen
Vorlage: BV 2021 1728
12. Neufassung der Entschädigungssatzung
Vorlage: BV 2021 1729
13. Verbesserung der Raumluftqualität in den Burgdorfer Schulen und Kindertagesstätten - Test in der Waldschule Ehlershausen, Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion vom 09.07.2021
Vorlage: A 2021 1680

14. Antrag gem. Geschäftsordnung der Gruppe WGS FreieBurgdorfer vom 18.08.2021;
"JETZT Förderprogramme nutzen und Schulen und Kitas sicherer machen"
Vorlage: A 2021 1710
- 14.1. Antrag gem. Geschäftsordnung der Gruppe WGS FreieBurgdorfer vom 18.08.2021;
"JETZT Förderprogramme nutzen und Schulen und Kitas sicherer machen"
Vorlage: A 2021 1710/1
- 14.2. Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen und der Gruppe WGS FreieBurgdorfer vom 02.09.2021; "Sofortmaßnah-
men zur Reduzierung der Virenlast in Kitas und Schulen"
Vorlage: A 2021 1710/2
15. Maßnahmenplan zur Ausrüstung der Kindertageseinrichtungen und Schulen mit
raumluftechnischen Anlagen
Vorlage: BV 2021 1711
- 15.1. Maßnahmenplan zur Ausrüstung der Kindertageseinrichtungen und Schulen mit
raumluftechnischen Anlagen
Vorlage: BV 2021 1711/1
16. Stadtbücherei ins Rathaus I, Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion vom
21.06.2021
Vorlage: A 2021 1657
17. Neubau einer Brücke über die Bundesstraße 188 neu in Verlängerung des Ahrber-
genweges, Antrag des stv. Ortsbürgermeisters Schillerslage, Mario Gawlik, vom
05.06.2021 -abgesetzt-
Vorlage: A 2021 1687
18. Klimasichere Städte und Kommunen - Beachtung der Prinzipien des Helmholtz-
Zentrums für Umweltforschung - Antrag der SPD - Fraktion im Rat der Stadt Burg-
dorf vom 27.08.2021
Vorlage: A 2021 1724
19. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: BV 2021 1721
20. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

1. Gedenken an Verstorbene

Frau Weilert-Penk erinnerte an den am 13.07.2021 verstorbenen Ratsherren Hans-Dieter Morich und hob sein besonderes Engagement für die sozial schwächer gestellten Menschen in Burgdorf hervor. In einer gemeinsamen Gedenkminute wurde an den Verstorbenen gedacht.

2. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Weilert-Penk eröffnete die Sitzung um 18.00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Frau Birgin hat sich entschuldigt.

Frau Weilert-Penk gratulierte allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Sie bat um die Absetzung des Tagesordnungspunktes
17) „Neubau einer Brücke über die Bundesstraße 188 neu in Verlängerung des Ahrbergenweges“, Antrag des stv. Ortsbürgermeisters Schillerslage, Mario Gawlik, vom 05.06.2021
Vorlage: A 2021 1687.

Liegen die rechtlichen Voraussetzungen vor, wird die Beratung im Fachausschuss fortgesetzt. Der Ortsrat hat sich gegen den Neubau der Brücke ausgesprochen.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der vorangestellten Form mit der zuvor genannten Änderung beschlossen.

3. Verpflichtung eines neuen Ratsmitglieds

Herr Pollehn verpflichtete Frau Nele Petrusjanz als neues Ratsmitglied.

4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 08.07.2021

Der Rat fasste bei 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 08.07.2021 wird genehmigt.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es gab keine Mitteilungen.

6. Ernennung des stellv. Ortsbrandmeisters Burgdorf
Vorlage: BV 2021 1643

Frau Neitzel erklärte, dass der Feuerwehrausschuss sich für die Ernennung Herrn Grabows als stellv. Ortsbrandmeister ausgesprochen habe und bat um eine entsprechende Zustimmung der Ratsmitglieder.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, Herrn Simon Grabow mit Wirkung vom 1. Oktober 2021 für die Dauer von 6 Jahren (bis 30. September 2027) zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Burgdorf der Freiwilligen Feuerwehr Burgdorf zu ernennen.

7. Gleichstellungsplan der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2021 1646

Frau Pape bezog zu dem Gleichstellungsplan Stellung. Ihre Ausführungen sind dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Frau Gersemann erklärte, dass die Bedeutung des Gleichstellungsplans oftmals unterschätzt werde. Seine Umsetzung erfordere einen langen Atem. Grundsätzlich sei es erforderlich, dass Frauen mit einer guten Ausbildung die Möglichkeit bekämen, eine Führungsposition auch in Teilzeit wahrnehmen zu können. Dazu gelte es mit verschiedenen Arbeitszeitmodellen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Sie dankte Frau Pape und allen die Frau Pape unterstützen für deren Einsatz.

Herr Nijenhof verwies auf die Diskrepanz in der Geschlechterverteilung. Die untere Besoldungsebene sei überproportional mit Frauen und mit wenigen Männern besetzt. Auf der oberen Besoldungsebene ergebe sich ein gegenteiliges Bild. Diese sei mit deutlich mehr Männer als Frauen besetzt. **Herr Nijenhof** bat Frau Pape diesen Umstand zu erklären. Weiterhin fragte er, ob es sinnvoll sei, dass Burgdorf sich als familienfreundliche Verwaltung zertifizieren lasse.

Frau Pape teilte mit, dass es sich bei den angesprochenen Stellen um Stellen handele, die schon seit längerer Zeit besetzt seien und das Ergebnis eines „alten“ Rollenverständnisses seien. Die Verwaltung habe sich bereits auf den Weg gemacht, um notwendige Veränderungen herbeizuführen. Den Erwerb des Zertifikats „Familienfreundliche Kommune“ schätze sie als nicht notwendig ein, da die Stadt Burgdorf bereits wichtige Schritte hin zu einer familienfreundlichen Kommune in die Wege geleitet habe.

Herr Knauer dankte der Verwaltung und insbesondere Frau Pape für die Er-

stellung des Gleichstellungsplanes. Gleichwohl fehle es ihm an einem konkreten Maßnahmenplan, mit dem in Zukunft die Gleichberechtigung aller Geschlechter vermehrt vorangetrieben werden könne. Ein Umdenken und die Verbesserung der Gleichstellung sei ohne entsprechende politische Beschlüsse auf Bundes- und Landesebene nicht zu erreichen. **Herr Knauer** appellierte an Rat und Verwaltung, gemeinsam die Gleichberechtigung aller Geschlechter weiterzuentwickeln. Dies könne beispielsweise durch eine paritätische Besetzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten geschehen.

Der Rat fasste bei 30 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der dem Originalprotokoll als Anlage 2 beigefügte Gleichstellungsplan der Stadt Burgdorf (2021-2023) wird beschlossen.

**8. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2020
Vorlage: BV 2021 1681**

Herr Apel, Herr Hinz und Herr Pollehn verließen aufgrund ihres Mitwirkungsverbot den Sitzungsraum.

Herr Fleischmann kritisierte das aus seiner Sicht nicht bürgergemäße Handeln aufgrund des zu hohen Dispozinssatzes von 5% der Stadtparkasse.

Der Rat fasste bei 28 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme folgenden

Beschluss:

Gemäß § 23 Abs. 3 Satz 5 NSpG wird dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresbericht 2020 durch die Prüfungsstelle des Nieders. Sparkassen- und Giroverbandes Entlastung erteilt.

**9. Neuerstellung des qualifizierten Mietspiegels 2021 für Burgdorf
Vorlage: BV 2021 1690**

Herr Fleischmann verwies auf den hohen Anstieg der Mietpreise in Burgdorf. Um dem entgegenzuwirken, sei eine Quote von 25 % an Sozialwohnungen in jedem Neubaugebiet erforderlich. Hierbei sei darauf zu achten, dass eine gleichmäßige Verteilung der Sozialwohnungen in Burgdorf erfolge.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf erkennt den in der Anlage 3 beigefügten neuerstellten Mietspiegel Burgdorf 2021 als qualifizierten Mietspiegel gemäß § 558d BGB an und setzt diesen somit per 20. September 2021 in Kraft.

**10. Satzung über die Vergabekriterien für Plätze in Kitas der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2021 1712**

Die Tagesordnungspunkte 10 und 10.1 wurden gemeinsam beraten.

**10.1. Satzung über die Vergabekriterien für Plätze in Kitas der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2021 1712/1**

Frau Meinig erklärte, dass es grundsätzlich das Ziel sei, in der Stadt Burgdorf genügend Kita-Plätze für alle Eltern vorzuhalten. Derzeit fehlten aber Plätze. Aus diesem Grund sei es erforderlich, Vergabekriterien einzuführen, die ein transparentes Verfahren bei der Platzvergabe gewährleisten würden. Sie dankte Herrn Peest für dessen Ausarbeitung und bat um entsprechende Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Herr Nijenhof wies darauf hin, dass die Punktevergabe bei der Platzvergabe Ausdruck einer Mangelverwaltung der Kita-Plätze sei. Dennoch trage dieses Verfahren zu mehr Transparenz bei der Platzvergabe bei. Er bat um entsprechende Zustimmung zur Beschlussvorlage im Sinne der verbesserten Transparenz für die Eltern.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1) Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die „Änderungssatzung zur Satzung für die Kindertagesstätten in der Stadt Burgdorf“ in der sich aus der Anlage 1 der Vorlage BV 2021 1712/1 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage A beigefügten) Fassung.

- 2) Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die „Satzung über die Vergabekriterien für Plätze in Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf“ in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage BV 2021 1712/1 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage B beigefügten) Fassung.

**11. Haushaltssicherungskonzept 2021/2022; Maßnahme 5.18 - Verzicht auf das Aufstellen von Laubcontainern in den Ortsteilen Schillerslage, Beinhorn und Dachtmissen
Vorlage: BV 2021 1728**

Herr Fleischmann teilte mit, dass die von der Stadt Burgdorf in der Vorlage unterbreiteten Einsparmöglichkeiten Ausdruck der schlechten Haushaltslage der Stadt Burgdorf seien. Grundsätzlich sei eine Kostenreduzierung bei Projekten wie den Neubau der IGS und ein sorgsamerer Umgang mit den städtischen Finanzmitteln erforderlich.

Herr Nijenhof wies Herrn Fleischmann darauf hin, dass der Rat gegen den Vorschlag der Verwaltung stimmen werde.

Herr Köneke erklärte, dass man die Verwaltung davon überzeugt habe, dass mit der Anschaffung der Container eine Entlastung hinsichtlich der Abholung des anfallenden Laubes entstehe.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, dass die Haushaltssicherungsmaßnahme 5.18 – Verzicht auf das Aufstellen von Laubcontainern in den Ortsteilen Schillerslage, Beinhorn und Dachtmissen – kein Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes bleiben soll.

12. Neufassung der Entschädigungssatzung Vorlage: BV 2021 1729

Herr Dreeskornfeld erklärte, dass die FDP-Fraktion der Satzung nicht zustimmen werde, weil die Satzung nicht mehr zeitgemäß sei. Angesichts einer derzeitigen Inflationsrate von 5,8 % sei eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes der Ratsmitglieder unangebracht.

Herr Köneke dankte Frau Raue für die Aufbereitung der Beschlussvorlage und den zur Verfügung gestellten Vergleich mit anderen Kommunen. Diesem könne entnommen werden, dass Burgdorf sich hinsichtlich der Höhe der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes für die Ratsmitglieder im mittleren Bereich bewege. Er halte eine Erhöhung für nicht notwendig und befürworte das Beibehalten der bestehenden Satzung für eine weitere Wahlperiode.

Herr G. Hinz führte aus, dass er angesichts des steigenden Aufwands der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes für gerechtfertigt halte, zumal die angestrebte Erhöhung noch unter der Empfehlung der Kommission für kommunale Aufwandsentschädigungen liege.

Herr Nijenhof erklärte, dass er den Vergleich mit anderen Kommunen ebenfalls als gut erachte. Gleichwohl halte er eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes für nicht notwendig. Seiner Auffassung nach solle lieber die Aufwandsentschädigung der Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr erhöht werden.

Herr G. Hinz verwies darauf, dass wenngleich sich Burgdorf derzeit noch im Mittelfeld hinsichtlich der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes bewege, andere Kommunen möglicherweise in Kürze auch erhöhen könnten.

Herr Schulz machte deutlich, dass er die vorgeschlagene Erhöhung für an-

gemessen halte. Wem die derzeitige Entschädigung für die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr zu gering sei, sei es unbenommen zu spenden.

Herr H. Braun teilte mit, dass er eine Erhöhung für angemessen halte und dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Köneke verwies auf die angespannte Finanzlage Burgdorfs. Diese erfordere entsprechende Sparmaßnahmen. Deshalb halte er eine Erhöhung für unangebracht.

Herr Pollehn verdeutlichte den Stellenwert der Entschädigungssatzung als Anerkennung der ehrenamtlichen politischen Arbeit. Er befürworte die Erhöhung der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes auch wegen der zunehmenden Komplexität der Beschlussvorlagen. Aus seiner Sicht solle lieber bei der einen oder anderen Maßnahme eingespart werden.

Herr Fleischmann teilte mit, dass er die Satzung ablehnen werde. Angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt Burgdorf halte er eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes für nicht zielführend.

Der Rat fasste bei 17 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die dieser Vorlage und dem Originalprotokoll als Anlage C beigefügte Neufassung der Satzung über die Entschädigung der Ratsfrauen/Ratsherren, der Ortsratsmitglieder, der nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder sowie der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher der Stadt Burgdorf wird beschlossen.

Frau Weilert-Penk unterbrach die Sitzung von 19.15 Uhr bis 19.23 Uhr zum Lüften des Sitzungssaales.

- 13. Verbesserung der Raumluftqualität in den Burgdorfer Schulen und Kindertagesstätten - Test in der Waldschule Ehlershausen, Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion vom 09.07.2021
Vorlage: A 2021 1680**
-

Die Tagesordnungspunkte 13 bis 15.1 wurden gemeinsam beraten.

- 14. Antrag gem. Geschäftsordnung der Gruppe WGS FreieBurgdorfer vom 18.08.2021; "JETZT Förderprogramme nutzen und Schulen und Kitas sicherer machen"
Vorlage: A 2021 1710**
-

Die Tagesordnungspunkte 13 bis 15.1 wurden gemeinsam beraten.

14.1. Antrag gem. Geschäftsordnung der Gruppe WGS FreieBurgdorfer vom 18.08.2021; "JETZT Förderprogramme nutzen und Schulen und Kitas sicherer machen"
Vorlage: A 2021 1710/1

Die Tagesordnungspunkte 13 bis 15.1 wurden gemeinsam beraten.

14.2. Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe WGS FreieBurgdorfer vom 02.09.2021; "Sofortmaßnahmen zur Reduzierung der Virenlast in Kitas und Schulen"
Vorlage: A 2021 1710/2

Frau Gersemann verwies auf den nicht zur Verfügung stehenden Impfstoff für Kinder unter 12 Jahren. Der von der Verwaltung vorgelegte Maßnahmenplan zum Einsatz stationärer raumlufttechnischer Anlagen orientiere sich ihrer Meinung nach nur an den Gebäuden nicht aber an den Bedürfnissen der Kinder. Die Vorlage liefere demzufolge nur Vorschläge, wie nachhaltig etwas für ein besseres Klima in den Gebäuden getan werden könne. Die wesentliche Frage, was bis zur Installation der stationären Anlagen zur Reduzierung des Infektionsrisikos getan werden könne, werde durch die Beschlussvorlage nicht beantwortet. Um der Verantwortung gegenüber den Kindern gerecht zu werden, sei der Einsatz von mobilen Anlagen als Brückentechnologie sinnvoll. Viele Virologen würden zu dem Einsatz solcher Anlagen als begleitende Maßnahmen zur Reduzierung der Virenlast in den Räumen raten. Zudem sei die Unwirksamkeit der Anlagen nicht erwiesen. **Frau Gersemann** erklärte, dass die Fraktionen SPD/Bündnis 90/Die Grünen, WGS-FreieBurgdorfer sowie die Eltern- und Lehrervertreter des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport gemeinsam den vorliegenden Antrag eingebracht hätten, um der Verantwortung gegenüber den Kindern gerecht zu werden. Sie bat um eine entsprechende Zustimmung der Ratsmitglieder.

Herr Nijenhof erklärte, dass die Corona-Pandemie die Gesellschaft noch einige Zeit begleiten werde. Gerade die hohe Inzidenz in vielen deutschen Städten, wie beispielsweise Hagen, nach den Sommerferien, mache ein Handeln zum Wohle der Kinder unumgänglich.

Herr Fleischmann erklärte, dass er den Antrag unterstützen werde. Mit dem Einsatz mobiler Anlagen schütze man besonders Schwächere, denen ein Schutz vor dem Coronavirus schwerer möglich sei.

Herr Dreeskornfeld erklärte, dass ein Handeln zum Wohle der Kinder und Erzieherinnen und Erzieher erforderlich sei. Für die Zukunft sei es wichtig, den Kindern in den Schulen und Kindertageseinrichtungen eine „saubere Luft“ anbieten zu können. Dieses Ziel lasse sich am besten mit dem Einsatz stationärer Anlagen erreichen. Er halte einen Schnellschuss durch den Einsatz mobiler Anlagen für wenig sinnvoll. Vielmehr gelte es, den von der Stadt Burgdorf entworfenen Maßnahmenplan schneller umzusetzen. Bei genügend Druck auf die Verwaltung und die umzusetzenden Firmen erfolge die Installation stationärer Anlagen gegebenenfalls schon in einem, statt bisher vier Jahren. Er halte den Einsatz von mobilen Anlagen als Brückentechnologie für keine zukunfts-trächtige Lösung. Von einem Kauf der Geräte rate er grundsätzlich ab, wenn überhaupt sei über das Mieten der Anlagen nachzudenken.

Herr H. Braun hob positiv hervor, dass nach langer Diskussion nun die Anschaffung der mobilen Anlagen erfolge.

Herr Dr. Kaever verwies auf die Wirksamkeit der mobilen Anlagen zur Reduzierung von Viren und Allergenen. Für ihn seien die Anlagen daher mehr als nur eine Brückentechnologie. Nach dem Einbau stationären Anlagen könnten die mobilen Anlagen für andere Räume genutzt werden.

Herr Köneke kritisierte, dass die eingebrachte Beschlussvorlage auch die Ausstattung der Fachräume in den Schulen vorsehe. Darüber hinaus sei unklar, wann die Anlagen zur Verfügung stünden und wie diese verteilt würden. Er halte das Lüften der Räume weiterhin für einen guten Weg. **Herr Köneke** teilte mit, dass die CDU-Fraktion der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde.

Frau Gersemann erklärte, dass die Jahrgänge 8 bis 10 nicht Gegenstand der Diskussion seien, da Schülerinnen und Schüler dieser Jahrgänge die Möglichkeit hätten, sich impfen zu lassen. **Frau Gersemann** wies darauf hin, dass der Maßnahmenplan der Verwaltung keine Installation von stationären Anlagen für die Bestandsgebäude der Gudrun-Pausewang-Grundschule, der Grundschule Burgdorf sowie der Kita Ramlingen-Ehlershausen vorsehe, für die ein Neubau geplant sei. Hier gelte es eine Lösung für die Zeit bis zur Fertigstellung der Neubauten zu finden. Mit dem Einsatz von mobilen Anlagen könne Abhilfe geschaffen werden. Grundsätzlich sei das Lüften bei dem Einsatz mobiler Anlagen eine weiterhin erforderliche Maßnahme.

Herr Köneke verwies auf die Diskrepanz zwischen dem vorgeschlagenen Beschlussvorschlag und der tatsächlichen Umsetzung durch die Verwaltung. Hier gelte es auch die angespannte Personallage sowie die entstehende Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beachten, die eine von der Politik gewünschte prompte Umsetzung des Beschlusses erschwere.

Herr Pollehn machte deutlich, dass der von der Verwaltung entworfene Maßnahmenplan nicht nur auf energetische und klimatische Verbesserungen der Gebäude ausgelegt sei, sondern auch das Wohl der Kinder berücksichtige. Das Konzept für den Einsatz stationärer Anlagen beinhalte zudem auch Schulen wie die Gudrun-Pausewang-Schule. **Herr Pollehn** kritisierte, dass durch die in dem vorliegenden Beschlussvorschlag getroffene Formulierungen, eine Förderung der Maßnahme durch das Land ausgeschlossen werde und die Stadt den Hauptteil der Kosten selbst tragen müsse.

Herr Nijenhof befürwortete den von der Stadt Burgdorf entworfenen Maßnahmenplan zum Einsatz stationärer Anlagen. Gleichwohl halte er den Einsatz mobiler Anlagen als Softmaßnahme zum Wohle der Kleinkinder für sinnvoll.

Herr Pollehn verwies auf den Maßnahmenplan zum Einsatz stationärer Anlagen als langfristige Planung für einen Zeitraum von 4 bis 5 Jahren. Für die Übergangsphase werde die Stadt Burgdorf selbstverständlich mobile Anlagen einsetzen, wo ein Lüften aus baulichen Gründen nicht möglich sei.

Herr Paul äußerte die Kritik, dass es von Seiten der Stadt Burgdorf keine Vorlage über den Einsatz mobiler Anlagen gegeben habe.

Herr J. Braun kritisierte die aus seiner Sicht fehlende Wirksamkeit von Filteranlagen bei Missachtung der Mindestabstände. Mobile Anlagen könnten grundsätzlich nur als Ergänzungen zu den bestehenden Maßnahmen wie Lüften gesehen werden.

Der Rat fasste bei 20 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, alle Räume (einschließlich Funktions- und Bewegungsräume) aller Kindertagesstätten und Schulen für Kinder bis einschließlich 6. Klasse schnellstmöglich mit geeigneten mobilen Raumluftfilteranlagen auszustatten.

- 15. Maßnahmenplan zur Ausrüstung der Kindertageseinrichtungen und Schulen mit raumluftechnischen Anlagen
Vorlage: BV 2021 1711**
-

Die Tagesordnungspunkte 13 bis 15.1 wurden gemeinsam beraten.

- 15.1. Maßnahmenplan zur Ausrüstung der Kindertageseinrichtungen und Schulen mit raumluftechnischen Anlagen
Vorlage: BV 2021 1711/1**
-

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Ausstattung der städtischen Kindertageseinrichtungen und Schulen mit raumluftechnischen Anlagen ist vorzunehmen. In einem ersten Schritt sind alle im Rahmen der „Richtlinie für die Bundesförderung Corona-gerechte stationäre raumluftechnische Anlagen“ möglichen Maßnahmen, wie in der Vorlage vorgestellt, umzusetzen.

Weitere Fördermittelmöglichkeiten zur Ausstattung aller Schulen mit raumluftechnischen Anlagen sind zu ermitteln und der Maßnahmenplan entsprechend fortzuschreiben.

Die Mittel sind außerplanmäßig bereitzustellen. Eine gesonderte Beschlussfassung ist herbeizuführen. Sofern eine gesonderte Beschlussfassung des Rates zur Verzögerung der Umsetzung des Maßnahmenplanes führt, ist eine Eilentscheidung für die betroffenen Projekte nach § 81 Abs. 2 NKomVG durch den Bürgermeister und einer/einem stv. Bürgermeister/in zu treffen. Der Rat wird nach § 89 Satz 3 NKomVG anschließend unverzüglich unterrichtet.

- 16. Stadtbücherei ins Rathaus I, Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion vom 21.06.2021
Vorlage: A 2021 1657**
-

Herr Dreeskornfeld erklärte, dass seine Fraktion den Antrag als Impuls für die kulturelle Belebung der Innenstadt verstehe. Weitere Anträge der

FDP-Fraktion zu dieser Thematik würden folgen.

Herr Fleischmann kritisierte den Antrag als nicht zielführend.

Herr Paul verwies darauf, dass das bisherige Gebäude besser geeignet und der eingebrachte Vorschlag zudem zu teuer sei. Jedoch habe der Antrag wieder den Blick auf das Rathaus I gelenkt. **Herr Paul** kritisierte in diesem Zusammenhang den aus seiner Sicht fehlenden Fortschritt bei der Sanierung des Rathauses I. Er wünsche sich ein schnelleres Vorgehen der Verwaltung, zumal das derzeitige Gerüst viel Geld koste.

Der Rat fasste bei 29 Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Antrag A 2021 1657 „Stadtbücherei ins Rathaus I“, der FDP-Fraktion vom 21.06.2021 wird abgelehnt.

17. **Neubau einer Brücke über die Bundesstraße 188 neu in Verlängerung des Ahrbergenweges, Antrag des stv. Ortsbürgermeisters Schillerslage, Mario Gawlik, vom 05.06.2021 -abgesetzt-
Vorlage: A 2021 1687**
-

18. **Klimasichere Städte und Kommunen - Beachtung der Prinzipien des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung - Antrag der SPD - Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 27.08.2021
Vorlage: A 2021 1724**
-

Herr G. Hinz verwies auf die fünf Prinzipien des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung:

1. Frühwarnsysteme verbessern und den Bevölkerungsschutz stärken
2. Schwammfähigkeit und Speicherfähigkeit steigern
3. Klimaprüfung von kritischen Infrastrukturen durchsetzen
4. Klimasicherheit von Gebäuden fördern
5. Gestaltungs- und Durchsetzungswille ist ebenso notwendig wie Kooperation und Solidarität.

Aus seiner Sicht sei es sinnvoll, sich diese Kriterien anzuschauen und zu eruieren, ob Burgdorf genügend Warnkriterien besitze. **Herr Hinz** bat darum, den Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau zu überweisen.

Herr Fleischmann befürwortete die Überweisung des Antrags. Bei einem Unwetter in Nord-Rhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wie in diesem Jahr sei ein solcher Antrag jedoch wirkungslos.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag 2021 1724 „Klimasichere Städte und Kommunen - Beachtung der Prinzipien des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung“ der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 27.08.2021 wird in den Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau überwiesen.

Frau Weilert-Penk unterbrach die Sitzung von 20.03 Uhr bis 20.30 Uhr zum Lüften des Sitzungssaales.

**19. Zuwendungen / Spenden
Vorlage: BV 2021 1721**

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die folgende Zuwendung wird angenommen:

- **Geldzuwendung in Höhe von 2.848,35 € an die Freiwillige Feuerwehr Heeßel für einen absenkbaren TS Schlitten vom Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Heeßel.**

20. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Frau Weilert-Penk verwies auf das Ausscheiden langjähriger Ratsmitglieder aus dem Rat. Sie erteilte das Wort an Herrn Schrader.

Herr Schrader erklärte, dass er seit 1976 durchgängig in die Ratsarbeit involviert gewesen sei. Er dankte der Verwaltung und den Ratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit und teilte mit, dass er sich weiterhin für Burgdorf einbringen werde.

Frau Weilert-Penk dankte Herrn Schrader für dessen jahreslanges Engagement im Rat.

Einwohnerfragestunde

Die gestellten Fragen sind dem Protokoll als Anlage 4 hinzugefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführer